




Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“


Siegmond Ehrmann, MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin

**Platz der Republik 1
11011 Berlin**

**Jakob-Kaiser-Haus
Raum 1.446**


 (030) 227 – 77 654


 (030) 227 – 76 654

 siegmond.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4
47441 Moers


 (02841) 99 805 99


 (02841) 99 805 88


 siegmond.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38
47798 Krefeld

 (02151) 31 96 50

 (02151) 82 07 611

 siegmond.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 13. Dezember 2006

Bericht aus Berlin 19/2006

- I. Zur Lage

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir bringen in der letzten Sitzungswoche des Jahres 2006 noch wichtige Vorhaben auf den Weg.

So werden wir die Initiative 50plus und die Rente mit 67 in dieser Woche in 1. Lesung behandeln. Beide Maßnahmen gehören zusammen; einerseits die Konsequenzen aus der demografischen Entwicklung zu ziehen, d.h. jetzt zu handeln, damit auch in Zukunft unsere Gesetzliche Rentenversicherung auf einer soliden und verlässlichen Basis stehen kann, und andererseits die Beschäftigungsquote Älterer und damit auch die Beschäftigungschancen der Über-50jährigen zu erhöhen. Beides sind Maßnahmen, die in die Zukunft reichen und für die wir heute schon Entscheidungen treffen müssen.

Außerdem setzten wir in dieser Woche eine neue Föderalismus-Kommission ein, die nun in einer zweiten Stufe auch die Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und den Ländern überarbeiten soll. Bundestag und Bundesrat berufen jeweils 16 Mitglieder in



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

diese Kommission. Wir wissen, dass der Weg hin zu einer erfolgreichen Finanzreform schwierig sein wird, schwieriger als die Föderalismusreform I. Dennoch wollen wir den Erfolg dieser Kommission, möglichst noch in dieser Legislaturperiode.

Und nun ein Ausblick auf das Jahr 2007:

- Wir werden mit der Gesetzgebung zur Unternehmenssteuerreform den Standort Deutschland für Unternehmen attraktiver machen und gleichzeitig Gewinnverlagerungen ins Ausland verringern.
- Mit der Reform der Erbschaftsteuer werden wir für Erleichterung bei der Unternehmensnachfolge, insbesondere bei Familienunternehmen, sorgen und so auch den Erhalt von Arbeitsplätzen bei Betriebsnachfolgen gewährleisten.
- Wir werden mehr Wettbewerb und Transparenz in unser Gesundheitssystem bringen. Mit der Gesundheitsreform entwickeln wir unser Gesundheitssystem weiter und schaffen die Grundlage dafür, dass auch in Zukunft allen Menschen in Deutschland eine qualitativ hochwertige Versorgung im Krankheitsfall zur Verfügung steht.
- Wir werden auf dem Arbeitsmarkt wichtige Entscheidungen zu treffen haben. Es geht dabei um Mindestlöhne, Kombilöhne, einen dritten Arbeitsmarkt und um die Neuregelung bei den Hinzuverdienstmöglichkeiten für Mini- und Midijobs.
- Wir werden uns darüber zu verständigen haben, wie wir die Teilprivatisierung der Deutschen Bahn konkret gesetzlich ausgestalten.
- Zu Beginn des kommenden Jahres wird Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft und den Vorsitz der G-8-Staaten übernehmen. Dies ist im Rahmen der Diskussionen über die weitere Vorgehensweise bezüglich des Europäischen Verfassungsvertrags, der Beitritte der neuen EU-Mitgliedstaaten und der internationalen Entwicklungen eine große Aufgabe. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um unsere Präsidentschaft zu einem Erfolg zu führen.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

Ich möchte ausdrücklich die engagierte Arbeit unserer sozialdemokratischen Minister in der Regierung hervorheben. Wichtige Schlüsselressorts werden von Sozialdemokraten geführt. Eine gute Bilanz unseres Regierungshandelns sind eine gute Grundlage dafür, dass wir voller Zuversicht in die Zukunft schauen können.

Ich schließe diesen Bericht mit meinen herzlichen Wünschen für eine gute, ruhige und besinnliche Weihnachtszeit. Alles Gute für das Jahr 2007.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

II. Zur Woche

Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Menschen und das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz

In dieser Woche werden wir in 1. Lesung das Gesetz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Menschen und das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz beraten.

Die schrittweise langfristige Anhebung der Altersgrenze für die Regelaltersrente auf das 67. Lebensjahr bis zum Jahr 2029 ist eine wichtige rentenpolitische Maßnahme in dieser Legislaturperiode. Ab 2012 wird hierfür das Renteneintrittsalter schrittweise um einen Monat, ab 2024 um zwei Monate pro Jahr erhöht, so dass ab 2029 das gesetzliche Renteneintrittsalter dann bei 67 Jahren liegt. Für die Geburtsjahrgänge ab 1964 gilt die Regelaltersgrenze 67 Jahre. Bis einschließlich 1963 Geborene erreichen die Regelaltersgrenze entsprechend früher.

Diese Maßnahme trägt dazu bei, in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen den Generationen die finanzielle Grundlage und die Leistungsfähigkeit der Gesetzlichen Rentenversicherung sicherzustellen. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass Versicherte, die mindestens 45 Pflichtbeitragsjahre aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pflege erreicht haben, weiter mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können. Um kindererziehende Elternteile nicht zu benachteiligen, werden hierbei auch Kinderberücksichtigungszeiten bis zum 10. Lebensjahr des Kindes angerechnet.

Die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre darf aber nicht ausschließlich als Instrument zur nachhaltigen Finanzierbarkeit der Gesetzlichen Rentenversicherung angesehen werden. Wir wollen auch ein verbindliches Signal an Gesellschaft und Wirtschaft geben, dass nicht nur eine Umorientierung in der Haltung zur Rolle der



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

Älteren in Gesellschaft und Wirtschaft notwendig ist, sondern dass dieser Umorientierung auch konkrete Verhaltensänderungen folgen müssen. Die Anhebung der Regelaltersgrenze ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist die Erhöhung der Beschäftigungsquote Älterer. Mit der **„Initiative 50plus“** wollen wir dazu beitragen, die Beschäftigungsfähigkeit und die Beschäftigungschancen älterer Menschen zu erhöhen.

Wir flankieren damit die Erhöhung des Renteneintrittsalters und sorgen schon heute dafür, die demographischen Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können. Die Initiative beinhaltet folgende Maßnahmen:

- Künftig können Beschäftigten bereits ab 45 Jahren (statt wie bisher ab 50 Jahren) in Betrieben mit bis zu 250 Arbeitnehmern (derzeit bis 100 zu Arbeitnehmern) die Weiterbildungskosten erstattet werden.
- Ältere Arbeitnehmer mit Anspruch auf Arbeitslosengeld von mindestens 120 Tagen haben einen Rechtsanspruch auf einen teilweisen Ausgleich der Differenz zwischen dem Nettoentgelt vor der Arbeitslosigkeit und dem Nettoentgelt, das sie in der neuen sozial-versicherungspflichtigen Beschäftigung erhalten. Die Nettoentgeltdifferenz wird im ersten Jahr zu 50 Prozent und im zweiten Jahr zu 30 Prozent ausgeglichen. Darüber hinaus werden die Beiträge zur Gesetzlichen Rentenversicherung aus der neuen Beschäftigung durch einen Zuschuss auf 90 Prozent der früheren Beiträge aufgestockt.
- Arbeitgeber können im Rahmen einer Ermessensregelung künftig Eingliederungszuschüsse erhalten, wenn sie Arbeitnehmer, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, einstellen und mindestens ein Jahr beschäftigen. Voraussetzung ist, dass die Eingestellten in den letzten sechs Monaten arbeitslos waren oder an bestimmten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilgenommen oder persönliche Vermittlungshemmnisse haben.
- Die Regelung über befristete Arbeitsverträge mit Arbeitnehmern ab Vollendung des 52. Lebensjahres wird neu gestaltet. Künftig ist Voraussetzung für die sachgrundlose Befristung des Arbeitsvertrages, dass



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

die älteren Arbeitnehmer unmittelbar vor Beginn des befristeten Arbeitsverhältnisses mindestens vier Monate beschäftigungslos waren, Transferkurzarbeitergeld bezogen oder an einer öffentlich geförderten Beschäftigungsmaßnahme teilgenommen haben. Die Höchstbefristungsdauer bei demselben Arbeitgeber wird fünf Jahre betragen.

Gesetzentwurf zum Pfändungsschutz der Altersvorsorge und zur Anpassung des Rechts der Insolvenzanfechtung

Renten aus der Gesetzlichen Rentenversicherung unterliegen einem Pfändungsschutz, der dazu dient, das Existenzminimum des Schuldners zu sichern und die Gemeinschaft von Sozialkosten zu entlasten.

Gerade bei Selbstständigen besteht das Problem, dass Vermögenswerte, die diese für ihre Altersvorsorge vorgesehen haben, nicht ausreichend vor Pfändungen geschützt sind. Dies kann im Einzelfall dazu führen, dass Selbstständige im Alter auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Die Bundesregierung hat deswegen einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt, den der Bundestag in dieser Woche beschließen wird. Das Gesetz wird vor allem die Altersvorsorge Selbstständiger absichern. Um diesen die von ihnen geschaffene Altersvorsorge in einem gewissen Umfang zu erhalten, werden wir die Lebensversicherung, als eine am weitesten verbreitete Form der Alterssicherung Selbstständiger, vor einer vollständigen Pfändung schützen.

Änderung des Gesetzes über Wohneigentum

Der Bundestag wird in dieser Woche das Gesetz zur Änderung des Wohnungseigentumsgesetzes beschließen. Das Gesetz soll die Verwaltung von Eigentumswohnungen vereinfachen und das Gerichtsverfahren in Wohnungseigentumssachen mit dem in anderen privatrechtlichen Streitigkeiten vereinheitlichen, so dass auch bei Wohneigentumssachen künftig die Zivilprozessordnung gilt. Grundsätzlich soll an dem Einstimmigkeitserfordernis für Beschlüsse der Eigentümergemeinschaft festgehalten werden, doch werden die ge-



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

setzlichen Beschlusskompetenzen dort, wo ein praktisches Bedürfnis besteht, zur Erleichterung der Willensbildung vorsichtig erweitert.

Gesetzentwurf zur Verbesserung des Schutzes vor Fluglärm in der Umgebung von Flughäfen

Wir beraten in dieser Woche in 2./3. Lesung einen von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Verbesserung des Schutzes vor Fluglärm in der Umgebung von Flughäfen. Damit wird in einem längst überfälligen Schritt das bestehende Gesetz aus dem Jahr 1971 grundlegend reformiert. Derzeit bestimmen aufgrund der Überalterung des Gesetzes die Gerichte faktisch das Recht. Mit dieser Novellierung werden insbesondere die heutigen Erkenntnisse der Lärmwirkungsforschung und die relevanten betrieblichen Randbedingungen berücksichtigt. Zudem werden damit eng zusammenhängende Regelungen des Luftverkehrsgesetzes zum Fluglärmschutz angepasst und inhaltlich fortentwickelt.

Mit der Novellierung des Fluglärmgesetzes wird auch auf Dauer ein tragfähiger Ausgleich der Belange der Luftfahrt einerseits sowie der berechtigten Lärmschutzinteressen der betroffenen Anwohner andererseits erreicht. Alle Beteiligten erhalten die dringend notwendige Rechts- und Planungssicherheit für den Betrieb und weiteren Ausbau.

Der finanzielle Mehraufwand ist moderat und vertretbar. Die Investitionen kommen letztendlich der gesamten Fluginfrastruktur zu Gute. Denn mit diesen Investitionen werden hunderttausend Bürger im Einzugsbereich der Flughäfen von Lärm entlastet und somit wird dadurch auch die Akzeptanz des Flugverkehrs erhöht.

Deutsche Unterstützung der AU-Mission AMIS

Der Bundestag wird in dieser Woche auch über den Antrag der Bundesregierung entscheiden, die Unterstützung der Überwachungsmission AMIS der Afrikanischen Union in Darfur im Westen des Sudans durch deutsche Soldaten zu verlängern. Die Bundeswehr unterstützt die AMIS-Mission seit dem 3. Dezember 2004, die Verlängerung soll für weitere sechs Monate bis zum 2. Juni 2007 gelten. Das



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

Parlament soll erneut mit der Mission befasst werden, wenn vor Ablauf dieser sechs Monate eine inhaltliche Änderung der völkerrechtlichen Grundlage erfolgen sollte.

Aktuelles Thema

Schritt für Schritt in die richtige Richtung. - Unsere Bilanz in Stichworten -

Wir haben in diesem ersten Jahr viel geleistet und Deutschland voran gebracht. Schritt für Schritt in die richtige Richtung.

Stichwort 1: Die Arbeitslosigkeit sinkt

Über 500.000 weniger Arbeitslose als im Vorjahr zeigen, dass der Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt geschafft ist. (536.206 weniger Arbeitslose im November 2006 im Vergleich zu November 2005.)

Von Januar 2006 bis September 2006 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um mehr als 1 Mio. gestiegen (im Vorjahresvergleich um rd. 316.000). Das hat positive Auswirkungen auf die Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen.

Stichwort 2: Die Sozialversicherungsbeiträge sinken

Im Jahr 2007 werden die Sozialversicherungsbeiträge wieder unter 40 % liegen. Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag (AV-Beitrag) sinkt zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung - von 6,5 % auf 4,2 %. So niedrig war der AV-Beitrag seit der Wiedervereinigung nicht mehr.

Für Arbeitnehmer heißt das mehr Netto in der Tasche, für Arbeitgeber sinken die Lohnnebenkosten. Beides ist gut für die Arbeitnehmer und für den Standort Deutschland.

Stichwort 3: Planungssicherheit für die Kommunen

Wir haben den Kommunen versprochen, sie durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe um jährlich 2,5 Mrd. Euro zu entlasten. Ab dem kommenden Jahr beteiligt sich der Bund mit 4,3 Mrd. Euro jährlich an den Kosten der Unterkunft für SGB II-Empfänger. Das schafft Planungssicherheit für die Kommunen und gibt Raum für dringend benötigte öffentliche Investitionen.



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

Stichwort 4: Die Wirtschaft wächst

Wir schaffen gute Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum. Das 25-Mrd.-Euro-Paket zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung setzt die richtigen Impulse für mehr Wachstum und Arbeit.

Mit diesem Programm unterstützen wir den Aufschwung in Deutschland. Wir investieren in Mittelstand, Technologie, Verkehr, Familie und private Haushalte.

Dass wir mit unserer Politik erfolgreich sind, zeigt das Wirtschaftswachstum für dieses Jahr. Mit 2,3 % steigt das BIP so stark wie seit 2000 nicht mehr.

Stichwort 5: Das Gebäudesanierungsprogramm ist der Motor für Arbeit im Baugewerbe

Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ist eine Erfolgsstory. Es dient dazu, die energetische Gebäudesanierung durch zinsgünstige Kredite der KfW zu beschleunigen, dadurch die CO₂-Emissionen zu verringern und gleichzeitig Arbeitsplätze im Handwerk zu schaffen und zu erhalten.

Bereits 2006 sind mehr als 7,5 Mrd. Euro Darlehen zugesagt worden. Damit werden Investitionen in Höhe von über 10 Mrd. Euro ausgelöst.

Stichwort 6: Wir konsolidieren und stärken das Wirtschaftswachstum

Mit unserer Haushalts- und Finanzpolitik setzen wir die richtigen Zeichen. Wir geben Impulse zur Stabilisierung und Stärkung des wirtschaftlichen Aufschwungs, konsolidieren den Haushalt, senken die Nettokreditaufnahme und verändern den Haushalt strukturell -weg von vergangenheitsbezogenen Ausgaben hin zu Zukunftsaufgaben in solchen Bereichen wie Familie und Bildung. Im Jahr 2007 liegt die Nettokreditaufnahme so niedrig, wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Erstmals seit 2001 haben wir 2006 das Maastricht-Defizitkriterium eingehalten.

Stichwort 7: Abbau von Steuervergünstigungen



Sigmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

Wir machen ernst beim Abbau von ungerechtfertigten Steuervergünstigungen. Die Attraktivität von Steuerstundungsmodellen haben wir durch eine sogenannte Verlustbeschränkung wirkungsvoll eingeschränkt. Wir Sozialdemokraten wissen, dass an Einsparungen kein Weg vorbei führt, um den Haushalt auch strukturell weiter zu entwickeln.

Wir sorgen in der Koalition aber dafür, dass es bei diesen Einsparungen gerecht zugeht und möglichst jeder seinen angemessenen Beitrag leistet.

Stichwort 8: Wir unterstützen Familien

Unter anderem mit dem Elterngeld schaffen wir die Rahmenbedingungen dafür, dass sich Familie und Beruf besser als bisher miteinander verbinden lassen.

Mit der Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten setzen wir Anreize für neue Beschäftigung in privaten Haushalten und unterstützen gezielt Familien mit erhöhtem Betreuungsaufwand.

Stichwort 9: Wir investieren in Forschung und Entwicklung

In dieser Legislaturperiode stehen 6 Mrd. Euro zusätzlich für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Verfügung. Wir leisten mit diesem Programm einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung des 3-Prozent-Ziels, das die europäischen Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 in Lissabon vereinbart haben: Bis 2010 soll der FuE-Anteil am BIP in der EU um 3 % wachsen. Länder und Wirtschaft sind aufgefordert, ihren Anteil beizutragen.

Stichwort 10: Verstärkung der Verkehrsinvestitionen

Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ist entscheidend von einem leistungsfähigen Verkehrssystem abhängig. Planen und Bauen von Verkehrswegen sichert Beschäftigung in der Bauwirtschaft und in den vielen nachgelagerten Bereichen. Deshalb hat die Koalition zusätzlich 4,3 Mrd. Euro für den Zeitraum von 2006 - 2009 für verstärkte Verkehrsinvestitionen zur Verfügung gestellt.

Stichwort 11: Wir machen die gesetzliche Rentenversicherung zukunftsfest



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

Mit der Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre reagieren wir auf den demografischen Wandel, der als Folge der steigenden Lebenserwartung und gesunkener Geburtenrate die Rentenversicherung vor große Herausforderungen stellt. Die Gesetzliche Rentenversicherung bleibt für uns die wichtigste Säule der Altersversorgung. Mit der Anhebung des Beitragssatzes der Rentenversicherung von 19,5 % auf 19,9 % stellen wir sicher, dass dieser Beitragssatz auch in den darauf folgenden Jahren gehalten werden kann.

Stichwort 12: Wir erhöhen die Beschäftigungsquote Älterer

Mit der Initiative 50plus geben wir ein verbindliches Signal an Gesellschaft und Wirtschaft, dass nicht nur eine Umorientierung in der Haltung zur Rolle der Älteren notwendig ist, sondern dass dieser Umorientierung auch konkrete Verhaltensänderungen folgen müssen. Wir wollen die Beschäftigungschancen Älterer erhöhen.

Stichwort 13: Auch in Zukunft ein qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem

Mit der Gesundheitsreform entwickeln wir unser Gesundheitssystem weiter und schaffen die Grundlage dafür, dass auch in Zukunft allen Menschen in Deutschland eine qualitativ hochwertige Versorgung im Krankheitsfall zur Verfügung steht. Mit dieser Reform bringen wir mehr Wettbewerb und Transparenz in unser Gesundheitssystem.

Stichwort 14: Sicheres Leben in Deutschland

Unsere Innen- und Rechtspolitik wird mittlerweile auch einschneidend durch internationale, außenpolitische und europäische Ereignisse mitbestimmt. Wir ergreifen für ein sicheres Leben in Deutschland alle nötigen Maßnahmen zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger, achten aber auch darauf, die Bürger- und Freiheitsrechte zu wahren.

Stichwort 15: Entflechtung des föderalen Kompetenzwirrwarrs



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

Mit der Föderalismusreform haben wir für mehr Klarheit in unserer föderalen Ordnung gesorgt. Die Zahl der zustimmungspflichtige Gesetze sinkt und für die Bürgerinnen und Bürger ist nun wieder klarer erkennbar, welche politische Entscheidungen der Bund oder die Länder zu verantworten haben. Inzwischen haben wir auch eine Kommission eingesetzt, die die Bund-Länder-Finanzbeziehungen prüfen und klarer regeln soll.

Stichwort 16: Weniger Bürokratie

Weniger Bürokratie schafft neue Handlungsspielräume und verbessert Chancen für die kleinen und mittleren Unternehmen. Mit dem Mittelstandsentlastungsgesetz werden kurzfristig eine Reihe von ersten Maßnahmen zum Abbau von Bürokratie auf den Weg gebracht. Der Nationale Normenkontrollrat hat die Aufgabe, Gesetze auf ihre kostenmäßige bürokratische Auswirkung hin zu überprüfen und ggf. Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

Stichwort 17: Moderne Umweltpolitik:

Wir haben die Umweltpolitik auf eine neue Grundlage gestellt, die Umwelt, Innovation und Beschäftigung als Einheit begreift. Ein nationaler Energiegipfel, der zu Beginn des zweiten Quartals 2006 stattfand, hat den Startschuss für die Ausarbeitung eines energiepolitischen Gesamtkonzeptes der Bundesregierung gegeben.

Ein wichtiges Ergebnis lautet: Wir halten am Atomausstieg wie vereinbart fest und setzen unseren eingeschlagenen Weg des Ausbaus von umweltfreundlicher, alternativer und innovativer Energietechnik, wie z. B. Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien, konsequent fort.

Stichwort 18: Vorsorgender Verbraucherschutz

Wir fühlen uns dem vorsorgenden Verbraucherschutz, einer aktiven Verbraucherpolitik und einer nachhaltigen Landwirtschaft verpflichtet, die die Interessen von Mensch, Wirtschaft, Umwelt und Natur in Einklang bringt.

Mit einem Verbraucherinformationsgesetz wollen wir die Verbraucherrechte stärken und unsere aktive Verbraucherpolitik fortführen. Alle Verbraucher sollen Anspruch



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

auf Informationen über Produkte, die der Behörde vorliegen, haben. An diesen Zielen halten wir auch nach der Entscheidung des Bundespräsidenten fest.

Stichwort 19: Europäische Union

Deutschland übernimmt im 1. Halbjahr 2007 die Europäische Ratspräsidentschaft. Die Europäische Union wird dann voraussichtlich 27 Mitglieder haben. Wir stehen zu Europa und zum Europäischen Verfassungsvertrag und werden neue Anstöße für den Verfassungsprozess geben. Deutschland wird alle Anstrengungen unternehmen, um seine Präsidentschaft zu einem Erfolg zu führen.

Stichwort 20: Wir übernehmen international Verantwortung

In der Kontinuität deutscher Außenpolitik lassen wir uns von den Werten und Interessen unseres Landes leiten. Dies gilt auch für den Vorsitz der G 8-Staaten, den Deutschland 2007 innehat. Deutschland wird international auch durch die SPD als Friedensmacht und verlässlicher Partner wahrgenommen.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe in der
Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

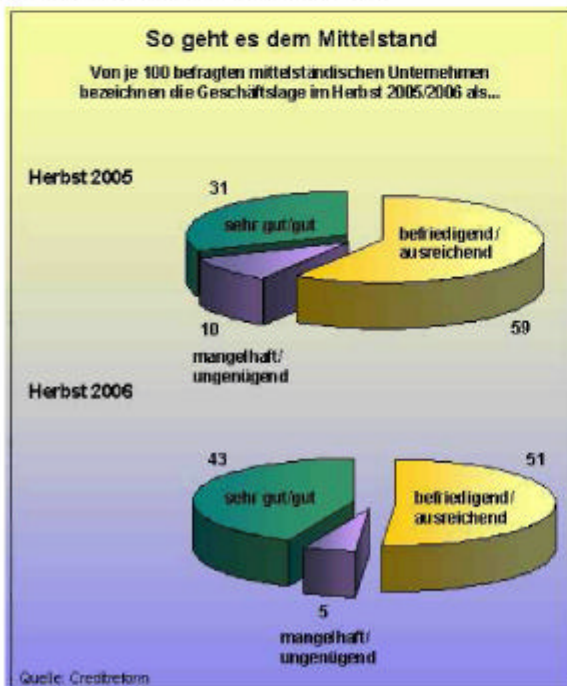
IV. Standort Deutschland

1. Wirtschaft weiter im Aufschwung



Allein im 4. Quartal 2006 gehen die Experten für Deutschland von einem Wachstum von 3,4 % aus. Wir liegen damit an der Spitze der führenden Wirtschaftsnationen vor den USA (2,9 %), Großbritannien (2,8 %), Frankreich (2,3 %) und Japan (2,0 %).

2. Mittelstand optimistischer



Der Mittelstand ist der Jobmotor in Deutschland. In den mittelständischen Betrieben werden in diesem Jahr mehr als 100.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Dies geht aus einer aktuellen Umfrage der Creditreform hervor. Insgesamt bezeichnen 43 Prozent der befragten Mittelständler die Geschäftslage als (sehr) gut. Nur fünf Prozent schätzen sie negativ ein. Für die Studie zur Wirtschaftslage befragte Creditreform im Herbst 2006 mehr als 4.000 mittelständische Firmen.